

## Rechtsextremismus ist nicht nur ein ostdeutsches Problem

Dr. Christoph Bergner, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesinnenminister, über die Probleme mit Rechtsextremisten in strukturschwachen ländlichen Regionen, die Gefahr einer Unterwanderung der Zivilgesellschaft und den Stellenwert von bürgerschaftlichem Engagement

*Bei der Berichterstattung über rechtsextremistische Umtriebe stehen immer wieder ländliche Gebiete im Fokus. Inwiefern ist der Rechtsextremismus ein Thema des „flachen Landes“?*

**Bergner:** Es gibt diesbezüglich besondere Herausforderungen in strukturschwachen Gebieten, die oft, aber nicht ausschließlich, ländliche Gebiete umfassen. Hier haben extremistisch geprägte Vereinigungen meist weniger Konkurrenz, etwa durch eine Vielzahl demokratischer Institutionen. Kirchgemeinden, die früher viel zum Zusammenhalt im Dorf beitrugen, haben von ihrer Bindekraft verloren. Insbesondere für Jugendliche gibt es teilweise nicht genug alternative Angebote. Aufgrund einer fehlenden Vereinsdichte finden extremistische Aktivitäten weniger Gegengewicht durch andere zivilgesellschaftliche Angebote. Überdies stellt der demografische Wandel durch Abwanderung, niedrige Geburtenzahlen und geringere berufliche Entwicklungsmöglichkeiten die ländlichen Räume vor besondere Herausforderungen. Diese Problemlagen machen sich rechtsextremistische Gruppen für ihre Aktivitäten im ländlichen Raum zunutze.

*Stimmt der Eindruck, dass sich die Aktivitäten rechtsextremistischer Organisationen vornehmlich auf ländliche Gebiete in Ostdeutschland beziehen?*

**Bergner:** Nein. Zwar nutzen rechtsextremistische Gruppen die beschriebenen sozialen Probleme und treten als „Kümmerer“ auf, d. h. sie organisieren Aktivitäten für die Dorfgemeinschaften und engagieren sich in der Lokalpolitik, um indirekt für ihre Ideologie zu werben. Dies ist aber kein alleiniges ostdeutsches Problem. Auch in ländlichen Gegenden im Westen Deutschlands und auch in urbanen Regionen verzeichnen wir rechtsextremistische Aktivitäten, denen wir entgegenzutreten müssen.

*Welche Regionen sind besonders betroffen?*

**Bergner:** Es sind keine Regionen besonders hervorzuheben. Überall dort, wo Menschen in ihren Lebensentwürfen keine eigenverantwortlichen Handlungsmöglichkeiten und Perspektiven sehen, steigt das Risiko, dass extremistische Einflüsse Wirkung zeigen. Deshalb setzen gerade hier auch zielgerichtete Präventionsangebote der Bundesregierung an.

*Welche ländlichen Gebiete in den alten Bundesländern haben mit ähnlichen Problemen zu kämpfen?*

**Bergner:** Verschiedene Forschungsergebnisse und empirische Erhebungen verweisen hier auf Regionen, in denen die Bevölkerungsdichte abnimmt und insbesondere junge Menschen die Region verlassen, aber auch Regionen, in denen Arbeitsplätze verloren gegangen sind oder ein Strukturwandel stattgefunden hat. Aber es lassen sich keine festen Kategorien bilden, da es immer auch signifikante Ausnahmen in die eine oder andere Richtung gibt.

*Welche Aktivitäten von Rechtsextremen auf dem Lande beobachten Sie?*

**Bergner:** Die Aktivitäten sind sehr unterschiedlich und auf den ersten Blick zunächst nicht weiter verdächtig: Sie helfen mit Suppenküchen, Fahrdiensten, Hartz IV-Beratung, engagieren sich gezielt in bestehenden Vereinsstrukturen und Elternvertretungen bis hin zur Übernahme von Kindertagesstätten. Dabei präsentieren sie sich oft als besondere Alternative zu den demokratischen Parteien, die den „kleinen Leuten“ angeblich keine Beachtung schenken.

*Wie hat sich das Problem in den letzten Jahren entwickelt?*

**Bergner:** Das ist ganz abhängig von der demografischen Entwicklung, aber eben auch vom demokratischen Engagement in der betreffenden Region. Dort, wo in den letzten Jahren aufgrund der mangelnden Bevölkerungsdichte Schulen schließen mussten oder Angebote der Kinder- und Jugendarbeit weggebrochen sind, besteht meist besonderer Handlungsbedarf. Der Rechtsextremismus hat einerseits an Gewaltbereitschaft zugenommen und verstärkt seine Propaganda. Andererseits stehen immer mehr Menschen in diesen Regionen auf und wehren sich gemeinsam mit staatlichen und demokratischen Institutionen.

*Welche Charakteristika weisen ländliche Gebiete auf, in denen rechtsextremistische Aktivitäten besonders zu verzeichnen sind?*

**Bergner:** Es gibt nicht „die charakteristischen Gebiete“, da es eben keinen Automatismus in der gesellschaftspolitischen Entwicklung einer Region gibt. Der Zustand und die Entwicklung eines Dorfes, einer Region ist immer auch das Ergebnis konkreten Handelns der Menschen vor Ort. Und in diesem Sinne ist die Geschichte jedes Ortes offen, in die eine oder andere Richtung.

*Allenthalben gilt eine starke Zivilgesellschaft als beste Gewähr gegen politischen Extremismus. Greift dieses Argument in dünnbesiedelten Regionen, in denen die Basis einer aktiven Zivilgesellschaft zunehmend schwindet?*

**Bergner:** Einer aktiven, alle Bürger, Vereine usw. einschließenden Zivilgesellschaft gelingt es leicht, das Zusammengehörigkeitsgefühl und die Identifizierung in der Region zu stärken. Menschen werden ermutigt und kompetent gemacht, sich für eine Verbesserung der Lebenssituation und für Perspektiven in der Region einzusetzen. Um die Basis für die aktive Zivilgesellschaft zu stärken, hat das Bundesinnenministerium ein Programm aufgelegt. Das Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ hat den Ansatz, gerade im ländlichen Raum diejenigen zu stärken, die sich vor Ort für ein demokratisches Gemeinwesen einsetzen, im Verein, im Sport, bei der Feuerwehr – dadurch fördern wir eine lebendige Zivilgesellschaft, die alle Beteiligten einbezieht und sie dadurch stark gegen rechtsextreme Einflussnahme macht. Dann kommen auch Menschen wieder zurück, eröffnen Läden und engagieren sich kulturell. Dieses Phänomen kann man etwa in Neuruppin beobachten.

*Soziologen weisen darauf hin, dass rechte Kräfte zivilgesellschaftliche Aufgaben übernehmen, wenn sich Kommunen in strukturschwachen Regionen aus bestimmten Feldern zurückziehen. Teilen Sie diese Einschätzung?*

**Bergner:** Wo Schulen geschlossen werden und Angebote im Kinder- und Jugendbereich nicht mehr in hergebrachter Weise zur Verfügung gestellt werden können, besteht tatsächlich das Risiko, dass rechtsextremistische Gruppen diese Lücken nutzen, um sich im Gemeinwesen zu präsentieren. Aber das ist kein Automatismus. Ich kenne viele Beispiele, in denen hier zielgerichtet gegengesteuert wird, auch durch demokratisches zivilgesellschaftliches Engagement.

*Liegen Ihnen Erkenntnisse vor, nach denen Vereine und Organisationen auf dem Lande von Rechtsextremen unterwandert werden?*

**Bergner:** Diese Gefahr kann nicht völlig ausgeschlossen werden, denn Rechtsextremisten haben die Chance erkannt, die in zivilgesellschaftlichem Engagement und damit in demokratischen Vereinen

Christoph Bergner ist seit Ende 2005 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium. In dieser Funktion ist er Beauftragter der Bundesregierung für die neuen Bundesländer. Der 63-jährige CDU-Politiker stammt aus Zwickau. Er hat in Halle Landwirtschaft studiert und dort auch promoviert. Von 1974 bis 1990 war Bergner als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Biochemie der Pflanzen der Akademie der Wissenschaften in Halle tätig. 1990 wurde er Mitglied im Landtag von Sachsen-Anhalt und dort sehr bald Vorsitzender der CDU-Fraktion. Im Dezember 1993 wurde Bergner zum Ministerpräsidenten gewählt. Dieses Amt musste er nach der Niederlage seiner Partei bei der Landtagswahl ein halbes Jahr später aber bereits wieder abgeben. Seit 2002 gehört der gelernte Rinderzüchter dem Bundestag an.

steckt. Einzelne Organisationen, wie kleinere THW-Verbände oder Feuerwehren müssen hier besonders aufpassen. Wo in Sportvereinen ehrenamtliche Helfer oder Angebote fehlen, bieten sich Menschen mit extremistischen Bindungen und Gesinnungen als Trainer an oder gründen gleich eigene Clubs. Beim gemeinsamen Fußballtraining lassen sich dann auch Interessierte für eine Kameradschaft rekrutieren. Hier ist entsprechende Aufmerksamkeit von allen Beteiligten gefragt. Es geht aber nicht nur um soziale, sondern auch um politische Strukturen. Eine weitere Strategie ist die aktive Beteiligung an der Lokalpolitik, z. B. durch die Wahl zum ehrenamtlichen Ortsvorsteher.

*Was ist dagegen zu tun?*

**Bergner:** Ich denke, wir sind mit den einschlägigen Bundesprogrammen und den Angeboten zur politischen Bildung, v. a. durch die Bundeszentrale und die Landeszentralen für politische Bildung, hier auf dem richtigen Weg. Aber darüber hinaus ist jeder von uns Teil des Gemeinwesens und wir alle sind mitverantwortlich. Es geht um eine breite Ächtung von rechtsextremistischer Gewalt und dem

dahinterstehenden menschenverachtenden Weltbild. Der Staat unterstützt und schützt die Bürgerinnen und Bürger durch die Förderung von Prävention und durch das Handeln von Polizei und Justiz, wenn es um die Verfolgung von Straftaten geht. Zivilgesellschaftliche Akteure, z. B. in Vereinen oder Bürgerinitiativen, genauso wie Verantwortungsträger in Kommunalverwaltungen oder der Lokalpolitik



Foto: www.bergner.de

werden darin qualifiziert und unterstützt, rechtsextremen Aktivitäten entgegenzutreten und diesen langfristig vorzubeugen. Auch hier bietet das Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ Hilfestellung an.

*Gibt es einen Zusammenhang zwischen dem Ausmaß des demografischen Wandels und rechtsextremen Aktivitäten in bestimmten Regionen?*

**Bergner:** Tatsächlich verlassen junge Menschen z. T. die ländlichen Regionen und ziehen in die Stadt, weil sie dort besser ihre Lebensplanung verwirklichen können. In Ostdeutschland haben wir zusätzlich das Phänomen, dass wir in den ländlichen Gebieten einen Männerüberschuss bei den 18- bis 25-Jährigen haben. In ländlichen Regionen rechnen Rechtsextremisten mit weniger Gegenwehr als in den Städten. Mit der Demografiestrategie hat die Bundesregierung einen Schwerpunkt auf die ländlichen Räumen gesetzt. Wir wollen die besonders vom demografischen Wandel betroffenen ländlichen Regionen stärken und die Lebens- und Bleibeperspektiven für junge Menschen verbessern. Hier gibt es zahlreiche Beispiele für eine positive Entwicklung.

*Haben Sie Anhaltspunkte dafür, dass Menschen aus bestimmten Regionen fortziehen, weil sie sich von Rechtsextremen bedroht fühlen? Welche Regionen sind das?*

**Bergner:** Ich habe hierfür keine Anhaltspunkte. Die Menschen ziehen dahin, wo sie Arbeit finden, eine Perspektive haben oder persönliche Bindungen bestehen. Auch ein Gefühl der Teilhabe und Identifikation mit dem Wohnort gehört dazu, in der Stadt genauso wie auf dem Land.

*Spielt die Stärkung der Zivilgesellschaft zum Schutz vor politischem Extremismus eine Rolle in der Demografiestrategie der Bundesregierung? Wenn ja, welche?*

**Bergner:** Sie spielt insofern eine große Rolle, als auch die Folgen des demografischen Wandels nur gesamtgesellschaftlich angegangen werden können. Der Staat kann im Rahmen einer Strategie für die Rahmenbedingungen sorgen, die Menschen, die Zivilgesellschaft, leben darin und gestalten diese Bedingungen. So ist auch hier der Verantwortungs- und Teilhabegedanke wichtiger Bestandteil. Das bürgerschaftliche Engagement ist in allen vom demografischen Wandel berührten Politikbereichen von großer Bedeutung und seine Förderung damit eine Querschnittsaufgabe für alle Verantwortlichen in Bund, Ländern und Kommunen.

*Was tut die Bundesregierung konkret, das Problem „Rechtsextremismus auf dem Lande“ in den Griff zu bekommen?*

**Bergner:** Die Programme der Bundesregierung tragen zur Stärkung strukturschwacher Regionen bei. Die Bundesregierung fördert und stärkt demokratische Teilhabe besonders in strukturschwachen, ländlichen Gebieten. Das Engagement im eigenen Ort, im eigenen Verband oder Verein fördert auch die Urteilsfähigkeit derjenigen, die sich einbringen. Dann werden extremistische Scheinlösungen als das Gesehenen, was sie sind: Menschenverachtende Strategien und Ideologien, die ausgrenzen statt Perspektiven und gegenseitigen Respekt für alle zu bieten. Ganz konkret fördert beispielsweise das Bundesministerium des Innern mit seinem Bundesprogramm „Zusammenhalt durch Teilhabe“ Vereine, Verbände und Kommunen im ländlichen ostdeutschen Raum, um das wichtige Engagement vor Ort zu unterstützen. Insgesamt stehen dafür bis 2013 18 Mio. € zur Verfügung. ■ Rainer Münch

## „Wir erobern die Städte vom Land aus“ – Rechtsextremismus in der Region

Martin Becher\*

Seit der Aufdeckung der Morde durch die „Zwickauer Zelle“ sind rechtsextreme Tendenzen wieder in aller Munde. In Bayern hat in der Vergangenheit vor allem das Treiben der „Wehrsportgruppe Hoffmann“ Aufmerksamkeit erregt, eine mögliche Verstrickung in den schlimmsten Terrorakt der Nachkriegszeit beim Oktoberfest 1980 ist bis heute nicht wirklich juristisch aufgearbeitet. In Franken fanden jahrelang große Aufmärsche in den Kleinstädten Wunsiedel und Gräfenberg statt. Seit eineinhalb Jahrzehnten existiert auch im Freistaat eine aktive „Kameradschaftsszene“, die sich lose zusammenschließt und durch neue Aktionsformen versucht, mit möglichst wenig Mitteln an Personal und Geld eine möglichst hohe Wirkung nach außen zu erzielen. Wie diese Situation, besonders in ländlichen Regionen, zu erklären ist und wie damit umgegangen werden kann, zeigt der folgende Beitrag.

### Gesellschaftliche Krisenphänomene ermöglichen rechtsextreme Rekrutierung

Die sog. Freien Kameradschaften in Bayern verstehen sich als „Nationale Sozialisten“, die insbesondere durch Aktionen versuchen, Aufmerksamkeit herzustellen. Sie distanzieren sich in erster Linie zur Vermeidung strafrechtlich relevanter Vorgänge vom historischen Nationalsozialismus, ansonsten sehen sie sich durchaus in einer entsprechenden Kontinuität. Die aggressive Erinnerung an den „Stellvertreter des Führers“, Rudolf Heß, in Wunsiedel oder an die Bombardierung deutscher Städte (z. B. Dresden) zeigt dies deutlich auf.

Diese neuen Nationalsozialisten sind mancherorts locker, woanders enger mit der NPD verbunden, es gibt aber auch Städte und Regionen, in denen sich beide Strukturen eher feindschaftlich gegenüberstehen. Freie Kameradschaften versuchen, durch Aktionen, die propagandistisch über neue Medien ausgeschlachtet werden, Gefolgschaft, Anhängerschaft und Unterstützung zu gewinnen und suchen bisher nicht den Weg über Wahlen und Parteipolitik.

Dabei bedienen sich die neuen Nationalsozialisten wie andere extremistische und/oder populistische Kräfte auch der Krisenphänomene, die im öffentlichen Diskurs allenthalben zutage treten. Eine klassische politikwissenschaftliche Sektorenanalyse zeigt dies sowohl für den Bereich des engeren politischen Handelns (1. Sektor Staat: Repräsentationskrise) als auch für die Bereiche der Wirtschaft und der Arbeitswelt (2. Sektor Ökonomie: Verteilungskrise) und für den zivilgesellschaftlich-privaten Bereich (3. Sektor Lebenswelt: Identitätskrise) auf. Beispiele für gesellschaftliche Krisenphänomene im Bereich der Ökonomie sind etwa:

- Verteilungskrise, insbesondere stärker ungleich werdende Vermögensverteilung
- Prekarisierung breiter Bevölkerungsgruppen (vor allem Jugendliche)
- Zunahme der „Überflüssigen“ (Heinz Bude)
- Primat der Ökonomie gegenüber demokratisch legitimierter Politik

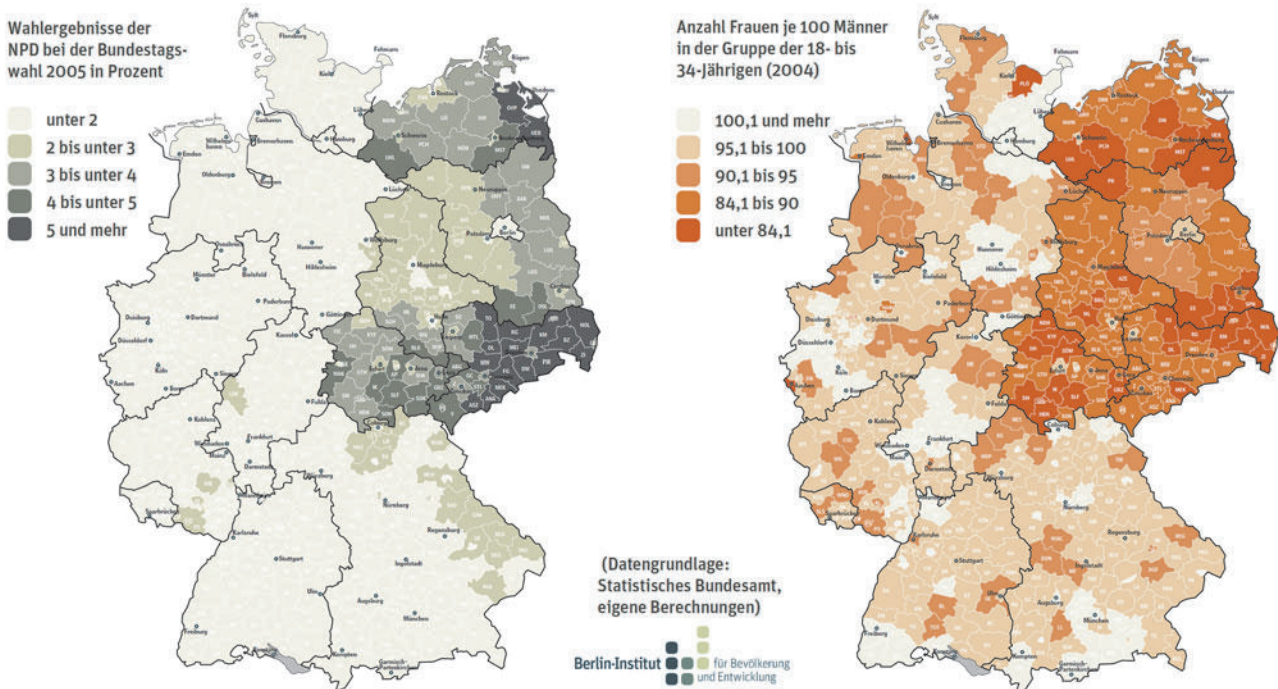
Diese durchaus vorhandenen Missstände werden durch die neuen Nationalsozialisten eklektizistisch aufgegriffen, sofern sie nicht ihrer eigenen Ideologie bzw. deren Versatzstücken widersprechen. Auf diese Weise gelingt es ihnen, die Akzeptanz in der Bevölkerung für sie selbst und ihre Ziele zu erhöhen und als weniger gefährlich wahrgenommen zu werden („die sind doch gar nicht so schlimm“).

### Spezifische Bedingungen in ländlichen Räumen mit Strukturwandel

In vom Strukturwandel betroffenen ländlichen Regionen wird die Funktionsfähigkeit aller drei Sektoren (Staat, Ökonomie, Lebenswelt) zusätzlich eingeschränkt, was die Krisenhaftigkeit verstärkt. Hinzu kommt der Wandel in der Bevölkerungsstruktur, der in all seinen Dimensionen überhaupt nicht wahrgenommen wird und der im Einzelnen das Entstehen eines neuen Nationalsozialismus/Rechtsextremismus sehr begünstigen kann. Als ein Beispiel für diese unterschiedlichen Dimensionen ist in der Abbildung 1 das zahlenmäßige Verhältnis junger Frauen zu gleichaltrigen Männern

\* Martin Becher, Projektstelle gegen Rechtsextremismus im Evangelischen Bildungs- und Tagungszentrum Alexandersbad, becher@ebz-alexandersbad.de

Abbildung 1



abgebildet: aus der Demografie-forschung ist bekannt, dass junge Frauen besser ausgebildet, mobiler und flexibler sind als junge Männer. In vom Strukturwandel betroffenen Regionen führt das nicht nur zu Wegzug und Überalterung, sondern auch zu einem enormen Männerüberschuss in den Altersklassen, in denen Partnerschaften entstehen. Offensichtlich ist, dass es in solchen Regionen eine höhere Affinität zu rechtsextremen Einstellungsmustern gibt, wobei von einer sich gegenseitig verstärkenden Wechselwirkung auszugehen ist.

Durch diese demografischen Entwicklungen gibt es außerdem eine erhebliche Schwächung der Zivilgesellschaft, da wichtige Akteursgruppen kaum vorhanden sind oder sich in der Minderheit befinden (junge, gut ausgebildete Menschen, insbesondere Frauen). Dies führt u. a. zu einer geringer ausgeprägten Alltagskompetenz im Umgang mit Fremdartigkeit und Differenz, auch weil es nicht zu den all-

täglichen Herausforderungen gehört, und fördert so abermals rechtsextreme Einstellungen.

Schließlich gibt es ganz praktisch die Problematik des hohen Leerstands an Immobilien, deren Besitzer (oft Erben) häufig nicht am Ort leben. Sie sind froh, an irgendjemanden verkaufen zu können; sie selbst müssen nicht mit den sozialen Folgen ihres Verkaufs leben. So entstehen extrem niedrige Immobilienpreise.

Als Spezifika für Franken sind außerdem die Nähe zu Thüringen und Sachsen mit ihren stärker ausgebildeten rechtsextremen, teilweise sogar parlamentarischen Strukturen und Finanzpotenzialen erwähnenswert. Weiterhin gibt es für Rechtsextremisten gerade in protestantisch geprägten Teilen Ober- und Mittelfrankens gewisse historische Anknüpfungsmöglichkeiten für eine familiale Übertragung nationalsozialistischer Einstellungen zwischen der ersten und dritten Generation.

Rechtsextremisten nutzen diese für sie günstigen Bedingungen und wenden dabei unterschiedliche Strategien an, die sie teilweise miteinander kombinieren. Sie vertrauen auf die geringer ausgeprägte Kompetenz mit Fremdheit und die damit einhergehende „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ (Wilhelm Heitmeyer), die sich insbesondere gegenüber Fremden und Homosexuellen äußert. Gibt es vor Ort einen solchen „Extremismus der Mitte“, werden rechtsextreme Positionen dann als ein „normales“ Politikangebot unter vielen anderen wahrgenommen. Kombiniert mit der Strategie der rechtsextremen „Kümmerer“ (vgl. die Beiträge von Dr. Gudrun Heinrich, Dietmar Schulze und PStS. Christoph Bergner) werden ihre Einstellungen dann nicht mehr in Frage gestellt, junge Menschen können gezielt angesprochen und rekrutiert werden. Im Ergebnis führt das zu rechtsextremen Dominanzkulturen, zu „national befreiten Zonen“.

All das konnte man am Verhalten der Freien Kameradschaften des Freien Netz Süd in den vergangenen zwei Jahren in Oberprex (Ortsteil von Regnitzlosau bei Hof) beobachten: die neuen Nationalsozialisten gerieten sich nach Immobilienerwerb als ordentliche Nachbarn, die Rücksichtnahme auf ihre Umgebung (Parkplätze) demonstrierten und auf Sauberkeit hohen Wert legten. Veranstaltungen fanden zuerst nur intern statt, ehe Jugendliche aus der Umgebung angesprochen wurden. Nach zwei Jahren gab es dann erstmals eine Kundgebung im Hauptort und kurz darauf die erste langfristig per Internet beworbene Veranstaltung in der Immobilie (9. Juni 2012).

#### Teil der Lösung? Teil des Problems?

Eine langfristige und nachhaltige Auseinandersetzung mit dem neuen Nationalsozialismus bzw. dem Rechtsextremismus darf sich nicht mit der Bekämpfung

der Phänomene zufrieden geben – diese erhalten ansonsten im schlimmsten Fall zu viel öffentliche Wahrnehmung und bedienen damit nur das Aufmerksamkeitsbedürfnis seiner exponierten Vertreter. Es geht vielmehr darum, Ursachen zu analysieren und möglichst zu beheben – mit dem Ziel, die Demokratie zu stärken unter den Bedingungen einer globalisierten Ökonomie, einer plural ausdifferenzierten Lebenswelt und einem viergliedrigen parlamentarischen System von den Kommunen bis Europa.

„Mehr Demokratie wagen 2.0“ heißt u. a., die vorhandenen Institutionen in den drei Sektoren

- zu öffnen, damit sie Beteiligung ermöglichen,
- zu stärken und damit ihren spezifischen Beitrag zur Demokratieförderung zu verdeutlichen,
- zu lernenden Organisationen zu machen, die (selbst-)reflexiv sind und

- in die Lage zu versetzen, sich aufeinander zu beziehen und komplementär zu ergänzen (Relationsbewusstsein stärken).

Wenn dies den handelnden Akteuren in den maßgeblichen Institutionen vor Ort bewusst ist, können sie den neuen Nationalsozialisten systematisch alle gesellschaftlichen Zugänge vom Gemeinderat bis zur Feuerwehr verwehren. Voraussetzung dafür ist aber, dass wir Regionen in ihrem Selbstwertgefühl stärken, was letztendlich bedeutet, sie nicht nur nach ökonomischen Kriterien zu bewerten.

Das Phänomen des neuen Nationalsozialismus und des Rechtsextremismus eignet sich nicht dafür, mit dem Finger auf andere zu zeigen. Wir müssen erkennen, dass entsprechende Einstellungen und Haltungen überall anzutreffen sind. Deshalb gilt für Personen und Institutionen: Wir werden nur dann zu einem Teil der Lösung, wenn wir erkennen, dass wir Teil des Problems sind. ■

## Brandenburg: engagiert, bunt und kreativ gegen Rechts

Anja-Christin Faber und Jeanette Kuplin\*

**Die Brandenburger Landfrauen sind seit 20 Jahren erfolgreich in ihren Gemeinden tätig. Ihr ehrenamtliches Engagement trägt dazu bei, das Leben im ländlichen Raum reicher und wärmer zu machen und es auch in der Zukunft funktionsfähig zu erhalten. Aktiv gehen sie die Probleme der Fremdenfeindlichkeit an und fördern durch ihre Vernetzungsarbeit mit anderen Akteuren und vielseitigen (kultur-)politischen Angeboten den Zusammenhalt in den Gemeinden.**

Staubiger Wind zieht durch eine beinahe vergessene Ortschaft. Auf einem verwilderten Grundstück ächzt müde eine rostige Schaukel. Lange schon ist diese Familie weggezogen, wie viele andere auch. Der Arbeit wegen? Oder aus einem anderen Grund? Künstler aus der Stadt haben es sich im ehemaligen Konsum wohnlich gemacht – „Zugezogene“, die nicht so richtig dazugehören. Einziger Treffpunkt im Ort ist die Bushaltestelle, obwohl hier seit Jahren

kein Bus mehr fährt. Frustration ist zu spüren – ein guter Nährboden für rechtes Gedankengut?

#### Realität in Brandenburg

Fröhlich klappert's im Nähstübchen. Ältere Damen machen einen Computerkurs mit Schulkindern. Draußen toben und jauchzen vergnügt die Kleinen der Kindertagesstätte. Danach werden die Senioren

\* Anja-Christin Faber, Geschäftsführerin, und Jeanette Kuplin, Projektmanagerin, Brandenburger Landfrauenverband e.V., Teltow/Ruhlsdorf, Tel. (03328) 319 303, j.kuplin@brandenburger-landfrauen.de, www.brandenburger-landfrauen.de

im Pflegeheim besucht. Bald steht der Workshop mit den Migrantenkindern an sowie der äthiopische Länderabend und eine Lesung.

Hier engagieren sich Frauen des Brandenburger Landfrauenverbandes. Sie haben stets einen vollen Terminkalender und das unabhängig davon, ob sie in der Landwirtschaft tätig und selbstständig, angestellt oder schon Seniorinnen sind. Ihre freie Zeit nutzen sie für das Ehrenamt. Es ist mehr als ein Spagat, denn Familie haben sie auch. Aber sie wissen, dass sie wertvolle Arbeit leisten und gebraucht werden. Besonders in Zeiten, in denen den Gemeinden kaum Geld für das soziale und kulturelle Leben zur Verfügung steht, versuchen die Landfrauen diese Lücke zu füllen. Und sie tun es gern.

## Ein starker Verband mit vielen Verbündeten

Landesweit vereint der Verband die Interessen von rund 1 100 Mitgliedern. Er stärkt nicht nur die Rechte und Chancen von Frauen im ländlichen Raum. Ihr Wirken ist Basisarbeit der Demokratie. Durch ihre Veranstaltungen wirken sie gezielt der Fremdenfeindlichkeit und Vorurteilen entgegen. Wo sich Menschen kennenlernen und austauschen können, bauen sich Berührungängste ab und es entsteht Raum für Diskussionen.

„PEELA – Initiative für politisches und ehrenamtliches Engagement“ heißt das Projekt, durch welches speziell solche (kultur-)politischen Veranstaltungen durchgeführt werden können. Seit dem 1. August 2011 ist der Brandenburger Landfrauenverband Träger dieses Politikprojektes. Die Förderung erfolgt durch das Bundesministerium des Innern im Rahmen des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“. Kofinanziert wird das Projekt von der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg.

Die Unterzeichnung einer Kooperationsvereinbarung mit der Koordinierungsstelle „Tolerantes Brandenburg“ war für den Verband ein bedeutender Schritt für eine zukünftige Zusammenarbeit. Viele Veranstaltungen werden mit bereits bestehenden Kooperationspartnern wie dem Landesbauernverband Brandenburg e.V. organisiert und widmen sich der Aufklärung und den Handlungsmöglichkeiten in Bezug auf die Problematik des Rechtsextremismus.



Computerkurs bei den Landfrauen

### Zielstellungen des PEELA-Projektes:

- Förderung des ehrenamtlichen Engagements im ländlichen Raum
- Mehr (Land-)Frauen in die Kommunal- und Landespolitik
- Teilhabe an demokratischen Prozessen
- (Land-)Frauen gegen Rechtsextremismus
- Stärkung der innerverbandlichen Partizipation
- Schaffung von Bleibeperspektiven für junge Frauen

## Angebote vor Ort schaffen

Auch mit zahlreichen neuen Partnern agiert der Verband. Die Netzwerkarbeit ist enorm wichtig. Gerade in Brandenburg lassen sich vereint Kräfte bündeln, denn es gibt eine Vielzahl an Projektträgern und Akteuren, die gegen Rechtsextremismus aktiv sind. Die Landfrauen möchten verstärkt in den Gemeinden, in denen es kaum (kultur-)politische Angebote gibt und die „beinahe vergessen“ scheinen, Veranstaltungen organisieren. Das soll den Bewohnern/-innen die Möglichkeit geben, über das Miteinander im eigenen Ort zu sprechen und Ideen zu entwickeln, wie sie sich beteiligen können. Dort, wo soziales und kulturelles Leben stattfindet, bereichern Bürger/-innen die eigene Lebensqualität und sorgen für eine Attraktivität der Gemeinde nach außen.

Keine Gemeinde, egal ob abgelegenes Dorf oder attraktiver Zuzugsort, ist gefeit vor Rechtsextremismus. Es nützt nichts, vor dieser Problematik die Augen zu verschließen. Der Brandenburger Landfrauenverband sieht seine Aufgabe auch darin, die grundlegenden demokratischen Strukturen in den Orten zu beleben oder zu festigen, so dass rechtes Gedankengut keinen leichten Zugang findet. Auf diese Weise versteht sich der Verband als Teil eines engagierten, bunten und kreativen Brandenburgs. ■



## Naturschutz im ländlichen Raum – ein Weg in die Mitte der Gesellschaft für Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten?

Ulrike Höfken\*

Die Landeszentrale für Umweltaufklärung Rheinland-Pfalz hat 1994 ein Projekt unterstützt, mit dem die BUNDjugend Rheinland-Pfalz das Ziel verfolgte, auf die Verknüpfung von ökologischen Aspekten der Umweltarbeit mit Argumenten vom rechten Außenrand des politischen Spektrums hinzuweisen. 2011 hat sie die Broschüre „Naturschutz gegen Rechtsextremismus. Eine Argumentationshilfe“ herausgegeben, die im Folgenden vorgestellt wird.

Woher kommt die Aufmerksamkeit für diese Themenstellung, die auf den ersten Blick für viele Menschen ungewöhnlich ist? Landläufig wird ja Umweltschutz eher mit dem linken Spektrum der Gesellschaft assoziiert.

Anders als von der Mehrheit der Menschen erwartet, nutzen Rechtsextremisten bewusst Naturschutzargumente: Sie platzieren sich gegen grüne Gentechnik, gegen eine industrialisierte Landwirtschaft, für die Erhaltung der deutschen Kulturlandschaft und für den Schutz heimischer Arten. Umwelt- und Naturschutz treffen in der Bevölkerung auf breite Zustimmung. Rechtsextremisten nutzen das: Umwelt- und Naturschutzargumente sollen ihnen den Weg in die Mitte der Gesellschaft bahnen. So ist es schon passiert, dass in einer Demonstration gegen den Anbau gentechnisch manipulierter Organismen ein Block Rechtsextremer mitmarschierte, bis die übrigen Gentechnikgegner sie „enttarnen“ und von der Demonstration ausschlossen. Auch die Ökolandbau-Szene in Bayern und Mecklenburg-Vorpommern wird

teilweise von rechtsextremistischen Protagonisten unterwandert (s. Beitrag Dr. Gudrun Heinrich und Dr. Alexander Gerber).

Viele Umwelt- und Naturschutz-engagierte sind sich der Gefahr, dass ihr Engagement „von rechts außen“ unterwandert werden könnte, gar nicht bewusst. Ihnen fehlt schlicht und einfach das Problembewusstsein, dass so etwas wirklich passieren kann. Und passiert es dann, fällt es schwer, argumentativ dagegen zu halten. Das ist verständlich. Denn auf den ersten Blick wirken diese Argumente harmlos. Aber: Wenn Naturschutz- und Umwelt-engagierte nicht imstande sind, sich argumentativ mit Rechtsextremisten auseinanderzusetzen oder gar diese Auseinandersetzung scheuen, gewähren sie ihnen Platz. Das darf nicht sein.

Diese Situation hat die Landeszentrale für Umweltaufklärung Rheinland-Pfalz aufgegriffen: Sie hat sich – getreu ihrem Auftrag und Namen – die Mühe gemacht, rechtsextreme Argumente zu Natur- und Umweltschutz zu sammeln, zu sichten und bis hin zu

ihrem rechtsextremen Kern zu analysieren. Diesen Kern hat sie freigelegt – als Voraussetzung dafür, sich argumentativ auf die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Akteuren im Natur- und Umweltschutz vorbereiten zu können. Das Ergebnis ist die Broschüre „Naturschutz gegen Rechtsextremismus. Eine Argumentationshilfe“. Sie ist ein Instrument der Prävention und soll dabei helfen, Rechtsextremisten den Platz unter den Umweltengagierten, den sie sich bereits geschaffen haben, wieder streitig zu machen.

Ausgangspunkt der Broschüre sind Zitate rechtsextremer Organisationen oder Publikationen mit Natur- und Umweltbezug. Die darin verwendeten Begriffe und Definitionen werden genau angeschaut und analysiert. Der Subtext, also das, was zwischen den Zeilen steht, aber nicht ausgesprochen wird, wird beschrieben. Dazu war historisches Wissen heranzuziehen. Das Ergebnis wurde dann in Bezug gesetzt zu aktuellem Wissen und zu dem, was zzt. im Natur- und Umweltschutz im Vordergrund steht.

\* Ulrike Höfken, Staatsministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten Rheinland-Pfalz, Mainz, und Mitglied des ASG-Kuratoriums, poststelle@mulewf.rlp.de

## Ein Beispiel soll das verdeutlichen:

„In einem der am dichtesten besiedelten Staaten der Welt ist die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen nur möglich, wenn die durch die Einwanderung bedingte Bevölkerungszunahme beendet wird“, heißt es auf einer Homepage der NPD in Rheinland-Pfalz. Das klingt zunächst plausibel: Je mehr Menschen hier leben, desto mehr Ressourcen verbrauchen sie. Wird es da nicht immer wahrscheinlicher, dass sie schließlich den Ast absägen, auf dem sie sitzen? Extrem ist diese Position, weil sie Bevölkerungszahlen manipulativ interpretiert: Dass die Tragfähigkeit eines Raumes nur für eine bestimmte Bevölkerungszahl gelte, wie Malthus (1766-1824) es behauptete, ist wissenschaftlich längst überholt. Heute wird ein Vielfaches der Bevölkerung der Zeit, in der Malthus seine Theorie entwickelte, ernährt.

Rechtsextremisten verwenden diese Aussage, um an die Parole vom „Volk ohne Raum“ anzuschließen. Die sog. „Angliederung“ Österreichs und der deutschsprachigen Minderheiten z. B. in der damaligen Tschechoslowakischen Republik wurde im Dritten Reich genutzt, um die Bevölkerungsfrage verschärft zu stellen. Rechtsextremisten heute unterstellen die scheinbare Überbevölkerung Deutschlands, um die Zuwanderung von Migranten zu problematisieren. Sie trage zu einer Verschärfung der ökologischen Belastungen des Staatsgebietes bei.

Die Broschüre behält diese Vorgehensweise von Anfang bis Ende bei. Zu jedem Kapitel gibt es ein Fazit. Wichtige Begriffe werden in einer Spalte neben dem Text erläutert. Die Kapitel sind in sich abgeschlossen, so dass es möglich ist, nur die Teile zu lesen, die für

„Deutsche Landschaften sind Kulturlandschaften. Deshalb kann Umweltschutz grundsätzlich nicht getrennt von der kulturellen Entwicklung betrachtet werden.“ (NPD)<sup>1</sup>

die spezifische Frage interessant erscheinen, ohne den roten Faden zu verlieren.

Mit ihrem Eindringen in die Umwelt- und Naturschutzszene verändern Rechtsextreme vielleicht ihre Sprache: Sie erscheinen wissenschaftlich fundiert und intellektueller, als manche es erwarten. Damit wird es schwieriger, sie auf den ersten Blick als rechtsextrem zu entlarven. Aber vor allem erreichen sie damit neue Zielgruppen für ihre Ideologie. Zielgruppen, die ihnen den Weg in die Mitte der Gesellschaft bahnen helfen sollen. Sich dagegen zu wehren, erfordert eine offensive Auseinandersetzung. Hier setzt die Broschüre an.

Sie kann bei der Landeszentrale für Umweltaufklärung Rheinland-Pfalz, Kaiser-Friedrich-Str. 1, 55116 Mainz angefordert werden und steht zum Download unter [www.umdenden.de](http://www.umdenden.de) bereit. ■

„Wo kulturelle Räume etwa durch EU-Gleichschaltung oder Masseneinwanderung und der Bezug zum Boden zerstört wird, wird Umweltschutz rein unter technischen Aspekten gesehen. Es gibt keine Identität, also auch keine innere Verbundenheit mit dem Raum. Diese kann nur durch eine demokratische Mitbeteiligung wieder hergestellt werden. Nur so kann Umweltschutz wieder Heimatschutz werden.“ (DVU)<sup>2</sup>

<sup>1</sup> [http://www.npd-hannover.de/index.php/menue/56/thema/258Eine\\_intakte\\_Natur\\_ist\\_Grundlage\\_unserer\\_Zukunft.html](http://www.npd-hannover.de/index.php/menue/56/thema/258Eine_intakte_Natur_ist_Grundlage_unserer_Zukunft.html) (Download 10.5.2011, 11.29 Uhr)

<sup>2</sup> <http://www.die-rechte.info/wordpress/2009/08/eu-kampf-gegen-die-gluehbirne/> (Download 2.12.2009, 15.50 Uhr)

Landkreis Uckermark:

## Flagge zeigen

**Dietmar Schulze, Landrat des Kreises Uckermark, über das „bürgerliche Mäntelchen“ der Rechten, deren strategischen Umgang mit dem demografischen Wandel sowie die Notwendigkeit einer aktiven demokratischen Gegenwehr**

*Herr Schulze, im Kreistag des Landkreises Uckermark ist die NPD nur mit einem von 47 Abgeordneten vertreten. Das kann Sie nicht wirklich beunruhigen.*

**Schulze:** Sie haben recht. Die Gefahr, die von den Aktivitäten der NPD im Kreistag ausgeht, hält sich derzeit tatsächlich sehr in Grenzen. Dabei spielt auch eine Rolle, dass sich alle demokratischen Parteien in der Ablehnung der NPD einig sind und jegliche Zusammenarbeit kategorisch ablehnen. Ich warne dennoch davor, das Problem zu unterschätzen.

*Warum?*

**Schulze:** Ein Blick in unseren nördlichen Nachbarkreis Greifswald-Vorpommern zeigt, dass sich die Situation sehr schnell ändern kann. Im dortigen Kreistag hat die NPD mit sechs Mandaten Fraktionsstärke. Das gibt ihr erhebliche politische Betätigungsmöglichkeiten und entsprechende Aufmerksamkeit. In einzelnen Gemeindevertretungen in Vorpommern, wie etwa Ferdinandshof, stellen die Rechten ein Viertel der Mitglieder. Ich kann daher auch mit Blick auf die brandenburgische Kommunalwahl 2014 nicht ausschließen, dass die NPD auch in der Uckermark stärker wird. Dabei spielt eine Rolle, dass dann erstmals das Wahlrecht mit 16 gilt. Ich befürchte einen wachsenden Druck aus der rechten Ecke.

*Warum finden die Rechten gerade bei jungen Leuten besonderen Anklang?*

**Schulze:** Zunächst muss man festhalten, dass rechtes Gedankengut in allen Altersgruppen präsent ist. Das findet seinen Ausdruck im täglichen Miteinander, in Familien, Vereinen, bei der Arbeit. Das ist nach meiner Einschätzung im Übrigen kein ostdeutsches Phänomen, sondern im Westen ebenfalls zu finden, leider oftmals in ländlichen Gebieten. Bei vielen ist eine gewisse Offenheit und Anfälligkeit gegenüber entsprechenden politischen Parolen vorhanden. Gerade die Jungen stehen dabei im Mittelpunkt rechter Werbeversuche.

*Seit wann sind Springerstiefel, Glatzen und dumpfe Parolen für Jugendliche attraktiv?*

**Schulze:** Das ist ein verbreiteter Irrtum, dem immer noch viele unterliegen. Die Rechten haben längst ihr Erscheinungsbild geändert. Das Bild, das

Sie beschreiben, gibt es kaum noch. Inzwischen haben sich die Rechten ein bürgerliches Mäntelchen umgehängt. Sie weisen in der Regel weder im äußeren Erscheinungsbild noch im Auftreten besondere Merkmale auf, sondern geben sich „normal“. Sie versuchen auf diese Weise, in bestehenden Strukturen Fuß zu fassen und eine aktive Rolle im öffentlichen Leben zu spielen.

*Was heißt das?*

**Schulze:** Wir beobachten verstärkte Aktivitäten von Leuten mit rechter Gesinnung beispielsweise in den Freiwilligen Feuerwehren oder auch in Sportvereinen. Das hat aus deren Sicht zwei Vorteile: Zum einen lässt sich das Image verbessern und das Bild von den „bösen Rechten“ korrigieren. Zum anderen wird dadurch ein direkter Zugang zu Kindern und Jugendlichen geschaffen, um zumeist subtil, teilweise auch offen, rechte Botschaften zu verbreiten.

*Was steckt dahinter, die Aktivitäten Einzelner oder mehr?*

**Schulze:** Eindeutig ist das Teil einer Strategie und eines gezielten Vorgehens. Wir haben es inzwischen in bestimmten Gebieten wie auch der Uckermark mit einem Netzwerk von Rechten zu tun, die geplant und nach ähnlichen Mustern in unterschiedlichen Regionen agieren. Ich kann nur davor warnen, die Szene zu unterschätzen. Deren Protagonisten sind keine Dummköpfe. Sie entsprechen schon lange nicht mehr dem Klischee, das viele noch haben.

*Welche Rolle spielt der demografische Wandel, von dem die Uckermark in besonderer Weise betroffen ist, für das Problem?*

**Schulze:** Wir zählen tatsächlich zu den „Vorreitern“ in Sachen Bevölkerungsentwicklung. Der Landkreis Uckermark ist anderen Kommunen im Osten Deutschlands, aber auch im übrigen Bundesgebiet, in dieser Hinsicht insgesamt 15 bis 20 Jahre voraus. Wir müssen früher als andere auf den Rückgang, die Alterung und die veränderte Zusammensetzung der Bevölkerung reagieren. Dazu zählt beispielsweise, dass wir Versorgungseinrichtungen schließen und alternative Konzepte zur Aufrechterhaltung der Daseinsvorsorge erarbeiten müssen. Nicht selten

müssen wir dabei feststellen, dass Rechte in diese Lücken, die sich dann auftun, springen und Aufgaben übernehmen, die die öffentliche Hand in der bisherigen Form nicht mehr erbringen kann.

### *Was tun Sie dagegen?*

**Schulze:** Das Wichtigste ist aus meiner Sicht, Flagge zu zeigen und diesen Tendenzen aktiv entgegenzutreten. Es muss uns gelingen, die rechten Akteure bloßzustellen und deren wahre Absichten der Öffentlichkeit bewusst zu machen.

### *Wie wollen Sie das konkret erreichen?*

**Schulze:** Indem wir beispielsweise die Mittel im Kreisetat für Öffentlichkeitsarbeit aufstocken und sie gezielt für diese Zwecke einsetzen. Wir müssen daneben Präsenz zeigen, etwa indem öffentliche Mandatsträger wie der Landrat oder Bürgermeister Feuerwehrtage besuchen und der Arbeit der vielen Ehrenamtlichen, die keine negativen politischen Absichten verfolgen, die notwendige und verdiente Anerkennung verschaffen. Und schließlich müssen wir die Ängste und Befürchtungen der Bürger ernst nehmen und dürfen nicht den Rechten das Feld überlassen.

### *Was meinen Sie?*

**Schulze:** Ich meine beispielsweise das Problem einer erhöhten Kriminalität entlang der deutsch-polnischen Grenze. Wer davor die Augen verschließt, spielt den Rechten in die Hände. Wir haben uns gemeinsam mit der brandenburgischen Landesregierung und unseren polnischen Nachbarn mit diesem Thema befasst und konkrete Gegenmaßnahmen wie eine verstärkte Polizeipräsenz beschlossen. Dass dies dann wiederum von den Rechten als Erfolg ihrer Warnungen und Parolen missbraucht wird, müssen wir in Kauf nehmen und zeigt nur, dass wir uns rechtzeitig den konkreten Problemen der Menschen vor Ort widmen müssen.

### *Verschärft die Grenznähe das Problem des Rechtsextremismus?*

**Schulze:** Nur, wenn wir manche Dinge ignorieren, die es an nahezu jeder Grenze gibt. Insgesamt profitiert die Uckermark aber von ihrer Nähe zu Polen. Das wird nach meinem Eindruck inzwischen von den allermeisten Bewohnern so gesehen. Befürchtungen, die es im Vorfeld des polnischen EU-Beitritts im Hinblick auf die hiesige Wirtschaft gab, haben sich allesamt als unbegründet erwiesen. Im Gegenteil: Unsere Wirtschaft gewinnt durch die Nachbarschaft zu Polen.



Dietmar Schulze war von Mai 2000 bis November 2009 Staatssekretär im brandenburgischen Landwirtschaftsministerium. Der 58-jährige SPD-Politiker war zuvor Amtsleiter des Landwirtschaftsamtes im Landkreis Uckermark. Dort wurde Schulze im Mai 2010 mit großer Mehrheit zum Landrat gewählt.

### *Ressentiments auf beiden Seiten, die Rechte ausnutzen, gibt es nicht mehr?*

**Schulze:** Zumindest nicht in einem Umfang, dass sie uns Sorge bereiten müssten. Die zunehmende Verflechtung beider Seiten wirkt dem entgegen. Im Landkreis Uckermark sind in den letzten Jahren gut 1 400 Polen ansässig geworden. Die pendeln täglich zur Arbeit in den Großraum Stettin und wohnen bei uns, weil sie hier günstig Häuser kaufen oder bauen konnten. Hier finden sie gute Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen, die gerade für junge Familien von großer Bedeutung sind. Wir haben darauf reagiert und beispielsweise die Einstellung zweisprachiger Erzieherinnen in den Kindergärten unterstützt. Das Zusammenleben von polnischen Neubürgern und den eingesessenen Uckermärkern läuft reibungslos. Bislang hat es keinerlei Vorkommnisse gegeben, die auf Fremdenfeindlichkeit schließen ließen. Im Gegenteil: Die Uckermärker sehen ihre neuen Nachbarn als Bereicherung. Wir werden uns daher weiter um den Zugang von Familien aus Polen bemühen, auch wenn uns klar ist, dass damit unser Demografieproblem nicht gelöst wird.

### *Was macht Sie zuversichtlich, das Problem des Rechtsextremismus in Ihrer Region in den Griff zu bekommen?*

**Schulze:** Wir haben in Brandenburg gute Erfahrungen damit gemacht, das Problem präventiv anzugehen und sofort Flagge zu zeigen, wenn sich etwas tut, was wir als Demokraten nicht gutheißen können. Wenn wir daran festhalten, gleichzeitig die notwendigen Mittel bereitstellen, die eine solche aktive und vorbeugende Politik erfordert, und es schließlich genügend Menschen gibt, die sich gegen rechte Tendenzen offen zur Wehr setzen, werden wir das Problem zumindest eindämmen. Ich kann aber nur davor warnen zu glauben, das Thema „Rechtsextremismus“ sei nur eine vorübergehende Erscheinung, die sich irgendwann von selbst erledige. Ohne aktive Gegenwehr wird uns das nicht gelingen. ■ Rainer Münch

## Regionalisierung der Präventionsarbeit im Flächenland Mecklenburg-Vorpommern

Dr. Gudrun Heinrich\*

### Mecklenburg-Vorpommern: Die Dominanz der ländlichen Räume

Mecklenburg-Vorpommern ist mit 1,6 Mio. Menschen auf einer Fläche von gut 23 000 km<sup>2</sup> das am dünnsten besiedelte Bundesland in der Bundesrepublik Deutschland (71 Einwohner pro km<sup>2</sup>).<sup>1</sup> Die Prognosen legen eine deutliche Alterung und einen weiteren Bevölkerungsrückgang nahe.<sup>2</sup> Nur eine Stadt in Mecklenburg-Vorpommern verfügt über mehr als 200 000 Einwohner (Rostock), die anderen Mittel- und Kleinstädte fungieren vor allem als Oberzentren in ihren Regionen.

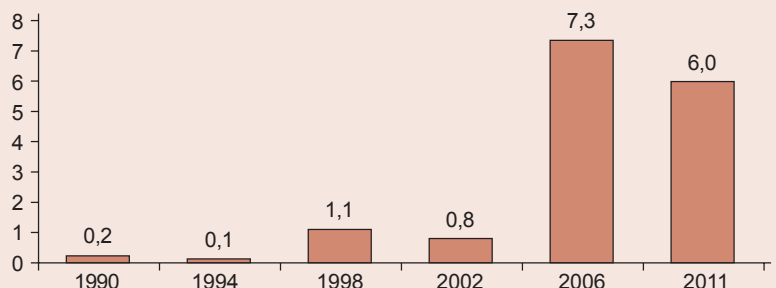
Diese Strukturschwäche wird begleitet von den Folgen des sozialen, ökonomischen und politischen Transformationsprozesses seit 1990. Zivilgesellschaftliche Strukturen sind schwach ausgeprägt, Demokratie wird in vielen Regionen nicht nur positiv wahrgenommen. Sie bleibt manchem als Regierungs- und Gesellschaftsform weiterhin fremd.

Trotz zahlreicher lokaler Initiativen und Projekte, die sich der Stärkung von Demokratie und Toleranz widmen, und des Engagements der demokratischen Parteien konnten rechtsextreme Strukturen im Land flächendeckend Fuß fassen.<sup>3</sup> Dabei liegen die Zentren des Rechtsextremismus vorrangig in den Kleinstädten, von denen ausgehend die ländlichen Räume erschlossen werden.<sup>4</sup>

### Rechtsextreme in Mecklenburg-Vorpommern

Im Fenster eines Büros hängen Transparente der NPD, auf denen sie sog. „Bürgersprechstunden“ anbietet und behauptet, zu Hartz IV-Anträgen zu beraten. In Lübbtheen, einer Kleinstadt im Westen Mecklenburg-Vorpommerns, versuchen die Vertreter der NPD sich als bürgerliche „Kümmerer“ zu profilieren. Viele von ihnen sind Handwerker, sie sind mit ihren Familien in die Gegend gezogen. Die Kinder besuchen Kita und Schulen, sie selbst wollen sich in Elternräten engagieren. Der Versuch, sich als Biedermänner zu geben, ist offensichtlich. Doch wenn man ihren Reden zuhört, entlarven sie sich schnell als Rassisten und Antidemokraten.<sup>5</sup> Dennoch haben in Lübbtheen bei der Landtagswahl 2011 fast 15 % NPD gewählt.<sup>6</sup> Die Stadt stellt sich dem Rechtsextremismusproblem, Initiativen vor Ort sind aktiv und auch die Bürgermeisterin wird nicht müde, gegen die weitere Akzeptanz der NPD vor Ort zu agieren.<sup>7</sup>

Abbildung 1: NPD-Wahlergebnisse in Mecklenburg-Vorpommern in %



Quelle: Eigene Darstellung nach Daten aus: [http://www.statistik-mv.de/cms2/STAM\\_prod/STAM/de/start/\\_Landeswahlleiter/Landeswahlleiter/landtagswahlen/index.jsp](http://www.statistik-mv.de/cms2/STAM_prod/STAM/de/start/_Landeswahlleiter/Landeswahlleiter/landtagswahlen/index.jsp), 1.6.2012

\* Dr. Gudrun Heinrich, Universität Rostock, Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften, Arbeitsstelle Politische Bildung, gudrun.heinrich@uni-rostock.de

<sup>1</sup> Daten mit Stand 31.12.2010 aus: Mecklenburg-Vorpommern: Das Landesportal. Online verfügbar unter [http://www.mecklenburg-vorpommern.eu/cms2/Landesportal\\_prod/Landesportal/content/de/Land\\_und\\_Regierung/Unser\\_Land/Daten\\_und\\_Fakten/Bevoelkerung\\_Gebiet\\_und\\_Flaeche/index.jsp](http://www.mecklenburg-vorpommern.eu/cms2/Landesportal_prod/Landesportal/content/de/Land_und_Regierung/Unser_Land/Daten_und_Fakten/Bevoelkerung_Gebiet_und_Flaeche/index.jsp), 26.5.2012.

<sup>2</sup> S. Anmerkung 1.

<sup>3</sup> Siehe hierzu aktuell u. a.: Heinrich, Gudrun: Kernwählerschaft mobilisiert – die NPD, in: Koschkar, Martin; Scheele, Christopher (Hrsg.): Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 2011 – Die Parteien im Wahlkampf und ihre Wähler, Rostock 2011, S. 77-89.

<sup>4</sup> Vgl. Buchstein, Hubertus; Heinrich, Gudrun (Hrsg.): Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Demokratie und Rechtsextremismus im ländlichen Raum, Schwalbach 2010.

<sup>5</sup> Udo Pastörs, Fraktionsvorsitzender der NPD im Schweriner Landtag, wurde vom Saarländischen Oberlandesgericht wegen Volksverhetzung schuldig gesprochen (S. Erb u. a. 2012: Eine Partei voller Verbrecher, taz, 22.3.2012, <http://www.taz.de/!90119/16.6.2012>).

<sup>6</sup> Zwei NPD-Vertreter/-innen sitzen in der Gemeindevertretung und vier im Kreistag. Cruzcampo, Oliver (2011): NPD zieht mit drei Fraktionen in die Kreistage ein. Online verfügbar unter [http://endstation-rechts.de/index.php?option=com\\_k2&view=item&id=6483:kreistag&Itemid=428](http://endstation-rechts.de/index.php?option=com_k2&view=item&id=6483:kreistag&Itemid=428), 1.6.2012. Zum Rechtsextremismus in Lübbtheen insgesamt siehe: Lehmann, Arne: Region Lübbtheen, in: Buchstein/Heinrich 2010, S. 252 (s. Anmerkung 4).

<sup>7</sup> Siehe hierzu: Lehmann, Arne: Region Lübbtheen, in: Buchstein/Heinrich 2010, S. 247-337 (s. Anmerkung 4).

Die Gegend um Lübbtheen im Westen Mecklenburg-Vorpommerns ist eine der Hochburgen der NPD. Diese lebt vor allem von den aktiven NPD-Kadern und ihren Familien. Im Osten des Landes zeigt sich eine andere Struktur. In Gemeinden wie Koblenz (Landkreis Vorpommern-Greifswald) mit 205 Wahlberechtigten gaben 32 Wähler/-innen der NPD ihre Stimme – immerhin 33 %. In dieser Region ist es der NPD gelungen, sich über die enge Kooperation mit den rechtsextremen Kameradschaften vor Ort lokal zu verankern. Im Wahlkampf konnten sie mit einer Kombination aus „polenfeindlichen Ressentiments“ und dem Trugbild des „Kümmerers“ in einer sich vernachlässigt fühlenden Region punkten.

Eine eingehendere Betrachtung der Erfolgsbedingungen des Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern zeigt, dass es dort, wo demokratische Akteure Leerstellen hinterlassen haben, wo Aufgaben nicht erfüllt wurden oder Probleme nicht aufgenommen werden, rechtsextremen Akteuren gelingt, diese Defizite aufzugreifen und hierdurch Akzeptanz zu erlangen. Die Herausforderung besteht vor allem darin, dass Rechtsextremismus als „normales Phänomen“ wahrgenommen wird, dass eine Abgrenzung unterbleibt und damit eine schleichende Akzeptanz vor Ort vorbereitet wird. Wenn die rechtsextremen Kameradschaften oder die NPD-Abgeordneten als „Leute von uns“ gelten, wenn sie als „Kümmerer“ gesehen werden, fällt es vor allem in den ländlichen Räumen schwer, sich gegen sie zu stellen. Gerade Jugendliche sehen die Angebote der rechtsextremen Kameradschaften und ihres Umfeldes oft als einziges Angebot. Wenn

es dann auch noch dem ehrenamtlichen Bürgermeister oder den „Honoratioren“ des Ortes nicht gelingt, sich eindeutig gegen rechtsextreme Angebote zu positionieren und die NPD als „schließlich nicht verbotene Partei“ angesehen wird oder man sich über Kameradschaften freut, die „für Ruhe und Ordnung“ sorgen, wird Demokratieentwicklung zur langfristigen Aufgabe.

## Präventionsprogramm der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns

Die Landesregierung legte bereits 2001 einen ersten Handlungsrahmen „Demokratie und Toleranz“ vor. Noch vor dem Einzug der NPD in den Landtag wurde ein gemeinsames Landesprogramm erarbeitet und von allen Fraktionen verabschiedet.<sup>8</sup> Mit dem Einzug der NPD in den Landtag verstärkte und konkretisierte das Land seine Aktivitäten. Eine zentrale Herausforderung ist es dabei, die strukturschwachen ländlichen Regionen des Landes zu aktivieren. Hier sind demokratische Initiativen und Strukturen (v. a. Kommunalparlamente und Kommunalverwaltungen) eher schwach oder nicht in der Lage, sich klar gegen Rechtsextremismus zu positionieren. Gleichzeitig sind es gerade auch diese Regionen, die sich rechtsextreme Akteure als Wirkungsraum gesucht haben.

Eine Antwort der Landesregierung ist der Aufbau dezentraler, regional verankerter Unterstützungs- und Beratungsstrukturen in Form von „Regionalzentren für

## Braune Ökologie

„Umweltschutz ist Heimatschutz“, eine Losung, mit der die NPD nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern auf Stimmenfang geht. Die Besetzung ökologischer Themen durch die NPD ist weder neu, noch steht die NPD damit im rechtsextremen Spektrum allein. Innerhalb der rechtsextremen Ideologie gibt es durchaus Traditionen, die bis in die Naturschutzbewegung des 18. Jahrhunderts reichen. Da ist es vom Ruf nach „Schutz des deutschen Waldes“ zur Forderung nach dem Schutz der „Reinheit des deutschen Volkes“ vor Einflüssen von außen nicht weit. Grundlage des Rechtsextremismus ist ein biologistisches Menschenbild, das den Menschen als Teil der Natur ansieht, der eingebettet in das Kollektiv des biologisch definierten Volkes den natürlichen Prozessen unterworfen ist. Dieser völkische Biologismus spricht damit dem Menschen die Freiheit der Entscheidung ab und entzieht ihm damit die Grundlage für seine Würde. Im demokratisch aufgeklärten Sinne ist es jedoch gerade die Vernunftbegabtheit, die die Verantwortung des Menschen gegenüber der Natur betont.

In Mecklenburg-Vorpommern sind zunehmend Rechtsextreme zu erkennen, die Ökologie als „Heimatschutz“ auch praktisch umsetzen. Innerhalb der Bio-Branche gibt es daher auch Produzenten, die ökologisch im Sinne einer völkischen und sog. „artgerechten“ Lebensweise verstehen. In den 90er Jahren boten sich in Mecklenburg-Vorpommern gute Bedingungen: günstige Bodenpreise und leer stehende Gutshäuser lockten auch „Siedler“ aus dem Umfeld der Artamanen, einer auf die 30er Jahre zurückgehenden Siedlungsbewegung an. Sie sind bemüht, ihre ideologische Verortung nicht in den Mittelpunkt zu stellen. Als Familie versuchen sie, sich in die zivilgesellschaftlichen lokalen Strukturen einzubringen (durch Elternarbeit etc.). Im ökonomischen Bereich ist das Bestreben erkennbar, die Vertriebsstrukturen der Öko-Branche zu nutzen. Damit stehen sowohl diese Vertriebsstrukturen als auch die Verbraucher/-innen in der Verantwortung, um nicht mit dem Kauf des Bio-Apfels rechtsextreme Strukturen zu finanzieren.

Hintergründe und erste Hinweise für Verbraucher finden Sie in der Broschüre: Braune Ökologen. Hintergründe und Strukturen am Beispiel Mecklenburg-Vorpommerns, herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung und der Heinrich-Böll-Stiftung Mecklenburg-Vorpommern in Kooperation mit den Regionalzentren für demokratische Kultur in Trägerschaft der Evangelischen Akademie MV und der Arbeitsstelle Politische Bildung der Universität Rostock. Download unter: <http://www.boell.de/publikationen/publikationen-braune-oekologen-13798.html>



<sup>8</sup> Das Landesprogramm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken“ wurde im März 2006 verabschiedet (Drucksache 4/2169).

demokratische Kultur“. Auf fünf Standorte im Land verteilt, bieten die Regionalzentren eine Unterstützungs- und Beratungsstruktur für demokratische Akteure, die sich der Verbreitung des Rechtsextremismus zur Wehr setzen wollen. Der Wunsch der Landesregierung ist es, sie als „Entwicklungs- und Kreativagenturen einer guten Praxis der Stärkung der demokratischen Kultur durch eine professionelle Begleitung und Qualifizierung demokratischer Strukturen und Einzelpersonen vor Ort“<sup>9</sup> zu etablieren.

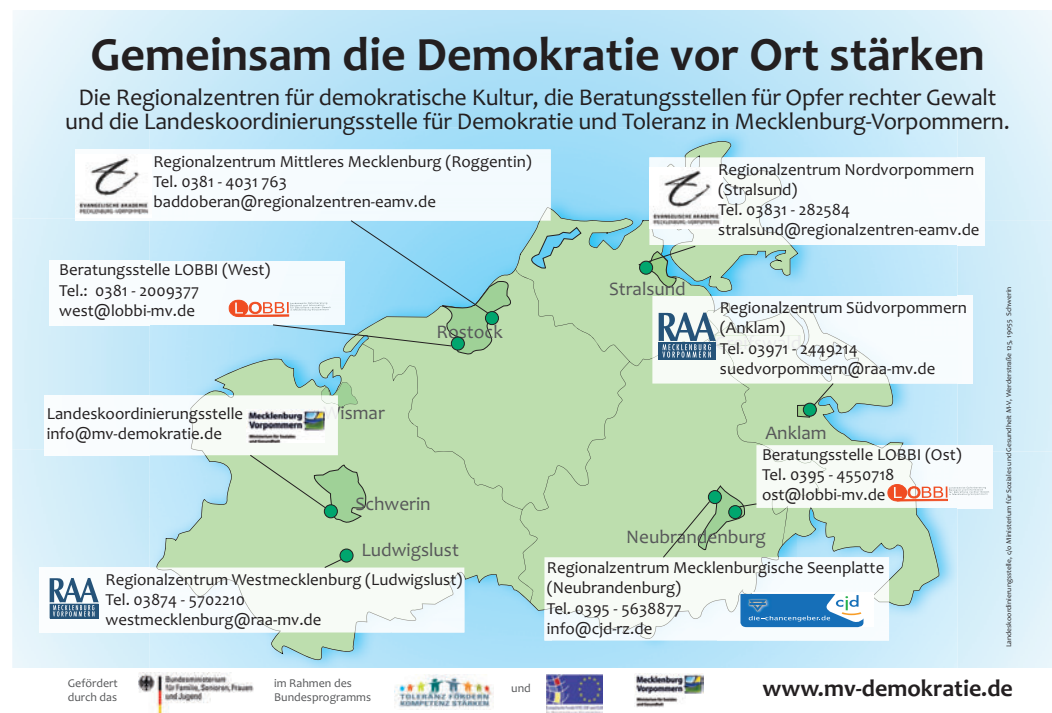
Die Aufteilung der regionalen Zuständigkeiten zwischen den Zentren eröffnet die Möglichkeit unterschiedlicher Schwerpunktsetzungen, um damit den regionalen Besonderheiten sowohl auf der rechtsextremen Angebotsseite als auch bei den demokratischen Akteuren gerecht werden zu können. Die dezentrale Struktur soll zugleich dafür sorgen, dass die Mitarbeiter/-innen der Regionalzentren durch ihre Präsenz Akzeptanz und Vertrauen vor Ort aufbauen können. Wir wissen aus Studien über den ländlichen Raum, dass Angebote von außen häufig als fremd und nicht auf die eigenen Bedürfnisse zugeschnitten abgelehnt werden.<sup>10</sup>

Der Aufgabe der Regionalzentren ist es, über eine Stärkung der demokratischen Strukturen und Aktivitäten, durch Beratung der Aktiven, die sich um den

Aufbau und die Stärkung von Demokratie und um die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus bemühen, Demokratie vor Ort zu stärken. Damit konzentrieren sich die Regionalzentren in ihrer Beratungs- und Qualifizierungstätigkeit zum einen auf die demokratische Zivilgesellschaft, zum anderen aber auch auf das Gemeinwesen und seine Vertreter/-innen insgesamt (wie Bürgermeister/-innen, Mitarbeiter/-innen in Jugendämtern etc.). Projekte, die direkt mit rechtsextremen Jugendlichen arbeiten oder den Ausstieg aus der rechtsextremen Szene unterstützen sollen, gehören bewusst nicht zum Angebot der Zentren.

Mit dem Beratungsansatz verknüpft ist der Ansatz der Demokratiepädagogik, bei dem es um die Unterstützung von Angeboten der Erziehung und Bildung für Demokratie in Schulen und außerschulischen Einrichtungen geht. Sind die Bereiche der Gemeinwesenberatung und der Demokratiepädagogik vor allem als Unterstützungs- und Angebotsstruktur gedacht, sind die Mitarbeiter/-innen der Regionalzentren auch als Akteure gefragt. Dies betrifft den Bereich der Krisenintervention. Die massive Präsenz des Rechtsextremismus in den Regionen des Landes kann auch direkte Interventionen notwendig machen. Sog. „Krisen“ können auftreten, wenn es zu massiven Bedrohungen von demokratischen Akteuren kommt, wenn Jugendzentren in die Hände von Rechtsextremen zu fallen drohen, wenn also die Dominanz von demokratischen Verfahrens- und Umgangsformen in Gefahr gerät. Hier sind die Regionalzentren als Teil eines regionalen Netzwerkes aufgefordert, direkte interventionistische Maßnahmen zu koordinieren.

**Abbildung 2: Standorte der Regionalzentren für demokratische Kultur und weiterer Strukturen gegen Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern**



Quelle: [http://www.mv-demokratie.de/cms2/DuT\\_prod/DuT/de/\\_Service/Informationsmaterial/index.jsp](http://www.mv-demokratie.de/cms2/DuT_prod/DuT/de/_Service/Informationsmaterial/index.jsp), 1.6.2012

<sup>9</sup> Ministerium für Soziales und Gesundheit Mecklenburg-Vorpommern: Konzept zur Einrichtung von Regionalzentren für demokratische Kultur in Mecklenburg-Vorpommern. Konzeptentwurf, 7. Juni 2007, S. 7.

<sup>10</sup> Vgl. Borstel, Dierk; Heinrich, Gudrun: Möglichkeiten erfolgreicher Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus im ländlichen Raum, in: Buchstein/Heinrich 2010, S. 513 (s. Anmerkung 4).

Mit dem Konzept der Regionalzentren wählte das Land nicht nur eine regionalisierte Struktur, sondern entschied sich auch für einen multiprofessionellen Ansatz. Die oben beschriebenen Aufgaben sind nur von einem Team unterschiedlicher Qualifikationen und Erfahrungen zu bewältigen. Neben Politikwissenschaftler/-innen arbeiten Pädagog/-innen, Kulturwissenschaftler/-innen und andere Professionen in den Regionalzentren. Die Kombination der Aufgabenstellungen hat sich als nicht einfach, aber sinnvoll erwiesen. Diese Aufgabenbündelung macht auch eine Integration in die Bundesprogramme zur Bekämpfung des Rechtsextremismus möglich und notwendig, wodurch wiederum die Koordinationsleistung in diesem Bereich gestärkt werden kann.

Die Verantwortung für die einzelnen Regionalzentren wurde drei unterschiedlichen Trägern zugewiesen.<sup>11</sup> Das Konzept, die Regionalzentren an unterschiedliche Träger zu geben, stärkt den Regionalisierungs- und Dezentralisierungsaspekt und erhöht das Maß an Vielfalt. Gleichzeitig bedingt es jedoch einen höheren Koordinationsaufwand, da sich Ar-

beitsbereiche und Problemstellungen überlappen. Die Koordinations- und Leitungsfunktion liegt bei der Landeskoordination, die seit kurzem bei der Landeszentrale für politische Bildung<sup>12</sup> verortet ist. Innerhalb des Landesprogramms „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken“ werden die Regionalzentren durch weitere Projekte und Initiativen wie beispielsweise den Verein Lobbi e.V. unterstützt, der sich um die Beratung von Opfern rechtsextremer Gewalt kümmert. Eine wichtige Rolle spielen auch die über Bundesprogramme finanzierten „Lokalen Aktionspläne“, mit denen das Land ebenfalls vor allem ländliche Regionen in deren Engagement gegen Rechtsextremismus stärken möchte.

Die Struktur der Regionalzentren ist in ihrem dezentralen und regionalisierten Charakter eine Möglichkeit, auf die Verankerung des Rechtsextremismus und die Schwäche der demokratischen politischen Kultur im ländlichen Raum zu antworten. Eine erste Evaluation hat gezeigt, dass dieses Konzept einen passenden Ansatz für die Problemlage im ländlichen Raum darstellt.<sup>13</sup> ■

<sup>11</sup> Träger der Regionalzentren ist die RAA e.V. (Regionale Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie), das CJD (Christliches Jugenddorfwerk e.V.) und die Evangelische Akademie Mecklenburg-Vorpommern.

<sup>12</sup> Die Landeszentrale für politische Bildung ist dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur zugeordnet.

<sup>13</sup> Buchstein, Hubertus/Heinrich, Gudrun (2010): Evaluation der Regionalzentren für demokratische Kultur in Mecklenburg-Vorpommern. Abschlussbericht. Greifswald und Rostock. Online verfügbar unter [http://www.mv-demokratie.de/cms2/DuT\\_prod/DuT/de/\\_Service/Informationsmaterial/index.jsp](http://www.mv-demokratie.de/cms2/DuT_prod/DuT/de/_Service/Informationsmaterial/index.jsp), 1.6.2012

## Bio-Branche verurteilt Rechtsradikalismus

**Dr. Alexander Gerber, Geschäftsführer Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW), nimmt Stellung zu Rechtsextremismus im Ökolandbau**

*Wie gravierend ist aus Sicht des BÖLW das Problem „Rechtsextremismus im Ökolandbau“?*

**Gerber:** Der Ökologische Landbau ist mit keiner Weltanschauung verbunden. Sowohl bei den Kunden, als auch bei den Landwirten und Unternehmern spiegelt sich daher die ganze Breite der Gesellschaft. Deshalb ist nicht auszuschließen, dass vereinzelt Rechtsradikale in der Öko-Branche auftauchen. Besonders brisant wird es dann, wenn das Prinzip des Öko-Landbaus, eines standortgebundenen Betriebsorganismus, von den Rechtsradikalen für ihre Ideologie missbraucht wird. Der BÖLW als Branchenvertreter und seine Mitglieder verurteilen jede

Form von Rechtsradikalismus. Die Bio-Branche steht für die Achtung der Menschenrechte sowie Freundschaft und Austausch der Kulturen und wendet sich gegen jede Form von Gewalt.

*Was tut der BÖLW, was tun die Anbauverbände, um diesem Problem zu begegnen?*

**Gerber:** Der BÖLW wird in diesen Tagen eine Resolution gegen Rechtsradikalismus und den Missbrauch der Prinzipien des Öko-Landbaus für rechte Propaganda verabschieden. Ebenso sollen in die Satzungen des BÖLW und seiner Mitgliedsverbände aufgenommen werden, dass rechtsradikale Handlungen gegen den Vereinszweck gerichtet sind, um damit die Voraussetzungen für den Ausschluss rechtsradikaler Mitglieder zu schaffen. ■ Rainer Münch



IG BAU:

## In Kooperation mit Berufsschulen gegen Rechts und für Toleranz im ländlichen Raum

Thomas Hentschel\*

Fremdenfeindliche Tendenzen, Ausländerhass und rechtsextremes Gedankengut ist in ländlichen Räumen, und das ist in der Literatur unbestritten, ausgeprägter als in Ballungsgebieten. Haben sich solche Denkstrukturen erst einmal herausgebildet, fällt es gerade Jugendlichen auf dem Land schwer, aus diesem Milieu auszubrechen und sich für ein tolerantes Miteinander einzusetzen. Diese Erfahrungen machen auch immer wieder junge Gewerkschafter und mit ihnen die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU). Mit Wahlerfolgen rechtsextremistischer Parteien in ländlichen Regionen oder mit persönlichen Übergriffen gegen Ausländer wollen sich die Gewerkschaften nicht abfinden. Aus diesem Grund entwickelte die IG BAU gemeinsam mit dem PECO-Institut einen strategischen Ansatz zur Förderung von mehr Respekt und Toleranz im Umgang mit anderen Menschen. Mit finanzieller Unterstützung aus dem Bundesprogramm Xenos<sup>1</sup> wurde ein Konzept entwickelt und erprobt, mit dem sich gewerkschaftliche Vorstellungen umsetzen lassen.

### Ein Konzept für Berufsschulen

Zentrales Ziel des Projekts war und ist der Aufbau von Arbeits- bzw. Projektgruppen, die sich intensiv mit dem Thema Toleranz auseinandersetzen und daraus Elemente für eine Ausstellung erarbeiten. Wesentlich ist dabei der Bezug zur Arbeitswelt. Wichtiges strategisches Element ist die Einbeziehung der Berufsschulen und beruflichen Ausbildungsstätten. Hier kommen die jungen Menschen aus ihrer dörflichen Umgebung und ihren sozialen Zusammenhängen heraus und können gemeinsam mit anderen Mitschülern ihre Einstellungen gegenüber anderen Menschen reflektieren und neue Erfahrungen sammeln. Es ist noch die Zeit, in der junge Menschen eher bereit sind, sich Neuem zu öffnen.

Wichtig ist die Verbindung von Aktivitäten für Toleranz, Demokratie und Vielfalt mit arbeitsbezogenen Maßnahmen. Gerade die Förderung von Handlungskompetenzen soll ein zentrales Ziel einer berufsbezogenen Ausbildung sein. Hierzu gehören Fach-, Sozial- und Methodenkompetenzen. Es reicht in einer europäisch entwickelten Arbeitswelt nicht mehr aus, nur Fachwissen zu vermitteln. Schließlich müssen sich junge Menschen in einer demokratischen und pluralen Welt zu rechtfinden. So entstand ein Konzept, das in den schulischen Lehrplan eingepasst und von der Schule selbst durchgeführt werden kann bzw. vom PECO-Institut angeboten wird.

### Die Umsetzung des Konzepts

Geplant war, die Maßnahmen in zwei Regionen (Brandenburg und Westfalen) durchzuführen. Nach anfänglichen, zumeist organisatorischen Schwierigkeiten konnten Berufsschulen u. a. in Prenzlau, Schwedt, Ibbenbüren und Ascheberg für die Mitarbeit gewonnen werden. Schwierig war es, in Anbetracht des Zeitbudgets zusätzliche Bildungsangebote unterzubringen. Eine Integration in den Schulablauf war daher dringend geboten. In ein- bis zweitägigen Projekttagen, in der Regel im Rahmen des Sozialkundeunterrichts, erfolgte die Erarbeitung von themenbezogenem Fachwissen, z. B. in Form von Kurzreferaten oder eigenen Recherchen, durch die Schüler.

Je nach lokalen Problemlagen standen folgende Themen im Vordergrund:

\* Thomas Hentschel, Peco-Institut e.V., Berlin, thomas.hentschel@peco-ev.de

<sup>1</sup> XENOS-Programm Integration und Vielfalt, gefördert aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) und mit Mitteln des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

- Fremde in Deutschland – Deutsche in der Fremde – (Arbeits-)Migration und Saisonarbeit
- EU und Arbeitnehmerfreizügigkeit
- Fremdenfeindlichkeit/ Rechtsextremismus
- Interkulturelle Kommunikation

Die Themen können verändert werden, wichtig ist jedoch die Handlungsorientierung. So sollen die Teilnehmer in der Auseinandersetzung mit dem Thema eigene Vorstellungen entwickeln und in verschiedenen Formen umsetzen, z. B. in einem Film, einer Ausstellung und Plakaten.<sup>2</sup>

Weiterhin wurde den Teilnehmenden die Fähigkeit zu Perspektivenwechseln vermittelt, u. a. durch Rollenspiele und die Auseinandersetzung mit Erfahrungsberichten von Migranten. Damit sollten sie üben, ihre eigenen Einstellungen wie auch die anderer wahrzunehmen und zu reflektieren sowie die so gewonnenen Einsichten und Erkenntnisse in konkretes Handeln umsetzen zu können. Hierzu gehörte u. a. die Vorstellung der Arbeitsergebnisse und Erkenntnisse vor den Kollegen und Kolleginnen im Betrieb, in der Schule und insbesondere die Erarbeitung und Präsentation der Ausstellung.

Festgestellt werden konnte, dass sich die Jugendlichen sehr schnell auf diese Form des Lernens einstellten und meist sehr engagiert mitgewirkt haben. Einige Lehrer nahmen an den Projekttagen als „Beobachter“ teil und konnten so ihre Klasse aus einem anderen Blickwinkel ken-

nenlernen. Sie waren vor allem von der aktiven Mitarbeit der „sonst so stillen“ Schüler beeindruckt. Aus den verschiedenen Produkten der Teilnehmer wurde in Zusammenarbeit mit den Projektbetreuern und besonders aktiven Jugendlichen eine Wanderausstellung als Gesamtschau produziert, die sowohl in den Regionen als auch zentral präsentiert werden kann.<sup>3</sup>



## Ausblick und Fazit

Das Engagement für Toleranz und Vielfalt lohnt sich und stößt in den ländlichen Räumen auf ein positives Echo, auch wenn der Einfluss auf die Einstellung der Jugendlichen schwer festgestellt werden kann. Die Berufsschulen sind offen für die externe Zuarbeit und wollen das Bildungskonzept auch für den nächsten Jahrgang realisieren. Zudem liegen mittlerweile mehrere Anfragen, auch aus anderen Bundesländern, vor. Allerdings mangelt es vielfach an der Finanzierung. In der Bayerischen Bauwirtschaft wird das Projekt zzt. weiterentwickelt und verbreitet, damit weitere Berufsgruppen für das Thema interessiert werden können – schließlich gehö-



ren einige ländliche bayerische Regionen zu den Hochburgen neonazistischer Aktivitäten.<sup>4</sup>

Die Kooperation mit Berufsschulen ist ein wichtiger Ansatz, doch nicht nur diese, auch Betriebe, kirchliche Gruppen oder die Landjugend wären wichtige Partner. Hier ist bei der Bildung von lokalen Netzwerken noch viel zu tun. Toleranz und Vielfalt ist für lebenswerte ländliche Räume unabdingbar. Nur wer weltoffen ist, kann erwarten, dass die Menschen nicht wegziehen oder Tourismus in die Regionen kommt. Mit der Zielsetzung, künftig der Bildung in diesem Bereich ein stärkeres Gewicht zu geben, ist ein erster Schritt getan. Doch darf dieser nicht nur eingeschränkt auf berufliche Bildungsmaßnahmen gesetzt werden. Vielmehr sind Maßnahmen zu fördern, die auf Kompetenzen setzen und die Beteiligung der Menschen fördern. ■

Weitere Informationen unter:  
[www.solidarisch-sein.de](http://www.solidarisch-sein.de)

<sup>2</sup> [www.solidarisch-sein.de/index.php?content=Galerie](http://www.solidarisch-sein.de/index.php?content=Galerie)

<sup>3</sup> [www.solidarisch-sein.de/galerie/plakate/plakate\\_web.pdf](http://www.solidarisch-sein.de/galerie/plakate/plakate_web.pdf)

<sup>4</sup> Ulrike Heidenreich, Interview mit Martin Becher, Rückzugsgebiet für Rechtsextreme, in Süddeutsche Zeitung, Nr. 70, vom 23.3.2012, S. 33



Tobias Rosin\*

**Häufig gibt es im ländlichen Raum wenige Freizeitangebote, weder von kommunalen Institutionen noch von einer funktionierenden Zivilgesellschaft. In einem solchen Szenario fällt es rechtsextremen Strömungen und Aktivisten zunehmend leicht, Kinder und Jugendliche mit erlebnisorientierten Angeboten wie beispielsweise Lagerfeuer, Kanufahrten, Klettertouren oder Konzerten an eine rechtsextreme Erlebniswelt heranzuführen.**

Generell ist unter einer „Erlebniswelt Rechtsextremismus“ die Verbindung von Lebensgefühl, Freizeitwert und politischen Botschaften zu verstehen. Der Begriff umfasst somit alle Formen und Aktivitäten, in denen Anhänger der rechten Szene – aber auch Jugendliche, die keine feste Bindung zum Milieu oder zur Anhängerschaft besitzen – etwas unternehmen oder konsumieren können und somit im Kontext der rechtsextremen Ideologie Unterhaltung finden. Zu dieser „Erlebniswelt“ gehört auch eine szenetypische Ausprägung von Mode und Musik, die angereichert ist durch den Habitus von Protest und Rebellion. Die dem zugrundeliegende menschenverachtende Ideologie des Nationalsozialismus soll dadurch überdeckt bzw. im wahrsten Sinne des Wortes überspielt werden.<sup>1</sup>

Genauere empirische Erkenntnisse zur Wirkung rechtsextremer Musik fehlen bisher. Dennoch scheint sicher, dass die Wirkung auf Jugendliche von deren Umfeld und persönlicher Situation abhängt. Man geht davon aus, dass rechtsextreme Musik für Jugendliche ein Katalysator sein kann, der Vorurteile verstärkt und manifestiert. Liegt beim Konsumenten

bereits eine rechte Orientierung vor, kann die Musik zur Verfestigung entsprechender Denkmuster führen, die durch das ständig wiederholte Hören einschlägiger Lieder internalisiert werden.<sup>2</sup>

Die meisten Anhänger und Sympathisanten unter den Jugendlichen finden Musik und konspirative Konzerte in ländlichen Veranstaltungsorten spannender als trockene politische Vorträge. Dieses Potenzial von Musik hatte bereits der Vorreiter der rechtsextremen Musikszene, Ian Stuart Donaldson, Anfang der 80er Jahre erkannt:

*„Es ist doch viel angenehmer, mit anderen ein Konzert zu besuchen und Spaß zu haben, als in eine politische Veranstaltung zu gehen.“<sup>3</sup>*

Für eine kritische Auseinandersetzung mit dem Phänomen des gegenwärtigen Rechtsextremismus ist es daher für die Akteure der politischen Bildungsarbeit elementar, den Erlebnischarakter der Angebote als Kombination von Freizeit- und Unterhaltungswert mit politischen Inhalten mit den Jugendlichen zu reflektieren, nicht jedoch in eine methodische

\* Tobias Rosin, Referent für jugendpolitische Bildung, Evangelische Landjugendakademie Altenkirchen, rosin@lja.de, www.lja.de

<sup>1</sup> Vgl. Glaser, S.; Pfeiffer, T. (2007): Erlebniswelt Rechtsextremismus: Menschenverachtung mit Unterhaltungswert. S. 36-52, Schwalbach, Wochenschau Verlag.

<sup>2</sup> Vgl. Weber, M. (2005): Neonazistische Führungskader und ihr Bezug zu Szene, Ideologie und Gewalt, in: Bundesamt für Verfassungsschutz (Hrsg.): Radikalisierungsprozesse und extremistische Milieus, S. 58, www.verfassungsschutz.de/download/SHOW/symp\_2004.pdf.

<sup>3</sup> Vgl. Schellenberg, B. (2011): Unterrichtspaket Demokratie und Rechtsextremismus: Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus anhand rechtsextremer Musik. S. 14, Schwalbach, Wochenschau Verlag.

Verengung zu führen. Darüber hinaus gilt es, Jugendliche zu befähigen, mögliche Konflikte im Hinblick auf einen Zusammenhang zwischen rechtsextremer Ideologie und dem eigenen Leben im ländlichen Sozialraum frühzeitig zu erkennen.

### Demokratische Werte anhand von Musik vermitteln

Die Evangelische Landjugendakademie Altenkirchen führt unter dem Schwerpunkt „Normen und Werte: Orientierungshilfen für die Zukunft“ ein Projekt durch, mit dem versucht wird, demokratische Werte und Ablehnung von Diskriminierung anhand von Musik zu vermitteln. Im Fokus steht dabei die Zielsetzung, demokratisch-menschenrechtlich Orientierungen und Prinzipien zu stärken und zugleich deutlich zu machen, welche positive Ausdrucksform das Medium Musik darstellen kann. Ein zentraler Baustein dieses Projekts ist die Aufgabe für die Jugendlichen, eine Collage bzw. ein Plakat zu einem Künstler zu gestalten und zu präsentieren, der sich im positiven Sinne für die Achtung der Menschenrechte engagiert bzw. sich gegen die Diskriminierung von Menschen im Alltag einsetzt. Im Vorfeld ist es wichtig, dass sich die Jugendlichen intensiv mit der Biographie des Künstlers beschäftigen und die politische Botschaft des Textes analysieren und kritisch hinterfragen. Anhand dieser ästhetisch-kreativen Methode erfahren die Jugendlichen, dass Menschenrechte nichts Abstraktes darstellen, sondern die Wertebasis unserer Gesellschaft bilden und uns täglich begegnen, wodurch ein respektvolles Zusammenleben erst möglich wird.

Der Ansatz, sich im Umgang mit der rechtsextremen Erlebniswelt im ländlichen Raum auf die Menschenrechtsbildung zu fokussieren, fordert die haupt- und ehrenamtlich Aktiven in der Jugendarbeit auf, sich von der Vorstellung einer klar abgrenzbaren rechtsextremen Jugendkultur mit einem zuordenbaren Musikstil zu verabschieden. Denn die gängige Annahme, „Rechtsrock“ sei eine Einstiegsdroge bzw. Brücke in die rechte Szene, wird der Problematik nicht mehr gerecht.<sup>4</sup> Längst zeigt uns eine Entwicklung im Web 2.0, dass sich ein breites Spektrum unterschiedlicher Musikstile entwickelt hat, die den „Rechtsrock“ als klassisches Medium rassistischer und nationalistischer Inhalte ergänzen. Viele



Anfertigung einer Collage zum Thema „Ablehnung von Diskriminierung anhand von Musik“ bei einem Seminar mit Kindern und Jugendlichen.

rechtsextreme Websites setzen auf die Attraktivität von Musik, um das Interesse an ihren Web-Auftritten zu steigern. Die Musik wird dabei in vielfältiger Form als „Design“-Element genutzt und mit anderen Stilelementen kombiniert.<sup>5</sup> Zur aktuellen Politisierung rechter Inhalte tragen aber nicht allein gezielte Unterwanderungsstrategien von Jugendszenen durch das organisierte rechtsextreme Spektrum bei, sondern vor allem die Erscheinungsformen populistischer und nationalistischer Fragmente im „Mainstream“ kommerzieller Popmusik, insbesondere im Hip-Hop und der deutschen Gangsta-Rap-Szene.<sup>6</sup>

Die an den Hörgewohnheiten und der Nutzung Jugendlicher ansetzende Auseinandersetzung mit Musik als eine eigenständige Aufgabe der politischen Jugendbildungsarbeit im ländlichen Raum anzuerkennen, gilt als wichtiger und präventiver Gestaltungsansatz. Gerade Multiplikatorinnen und Multiplikatoren bedürfen einer Motivation und eines fundierten Wissens, ob der Konsum einschlägiger Musik unter Jugendlichen lediglich einen Akt jugendkultureller Abgrenzung darstellt oder bereits klares Indiz für eine rechtsextreme Gesinnung darstellt. ■

<sup>4</sup> Vgl. Lauenburg, F. (2011): Rechtsextreme Musik – eine Brücke zu Jugendlichen. In: deutsche jugend, Jg. 59, Heft 3, S. 113-119, Julius Beltz Verlag, Weinheim.

<sup>5</sup> Vgl. Wörner-Schappert, M. (2007): Was macht Hass-Seiten attraktiv? Fallbeispiel: Musik als virtuelle Propagandawaffe. In: Glaser, S.; Pfeiffer, T. (2007): Erlebniswelt Rechtsextremismus: Menschenverachtung mit Unterhaltungswert. S. 98-106, Schwalbach, Wochenschau Verlag.

<sup>6</sup> Vgl. Scherr, A. (2012): Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Jugendmusikkulturen. In: deutsche jugend, Jg. 60, Heft 2, S. 57-64, Julius Beltz Verlag, Weinheim.



Foto: Landjugend Hils

NLJ: Scheunentor-Aktion der Landjugend Hils



Foto: D. Burdack

B.B.L.: Besichtigung des Konzentrationslagers Auschwitz

## Landjugend engagiert sich für Offenheit und Integration

Sowohl der Bund der Deutschen Landjugend (BDL) als auch die Landesverbände der Landjugend haben sich in der Vergangenheit offensiv mit den Themen Integration und Rechtsextremismus auseinandergesetzt. Im Folgenden werden aktuelle Aktivitäten dargestellt.

So wurden beispielsweise in der vom BDL in Auftrag gegebenen Studie „Rechtsextremismus in den ländlichen Räumen“ 2009 die Erscheinungsformen und Strukturen des Rechtsextremismus, seine Hintergründe und Entstehungsbedingungen untersucht. Die Studie bietet darüber hinaus Unterstützung in Form von Handlungsansätzen und Arbeitshilfen. Sie ist von der Website des BDL herunterzuladen: [http://bdl.landjugend.info/attachments/703\\_Buch\\_Gras\\_darueber\\_05032009\\_Finale.pdf](http://bdl.landjugend.info/attachments/703_Buch_Gras_darueber_05032009_Finale.pdf)



Ebenfalls 2009 wurde der Bund Badischer Landjugend e.V. (BBL) für sein Projekt „Wir sind ALLE Landjugend!“ mit dem Tassilo Tröscher-Preis ausgezeichnet (s. LR 04/2009). Dieses hatte die

Integration von Landjugendlichen mit Migrationshintergrund in die Ortsgruppen und eine enge Kooperation mit Migrantenorganisationen zum Ziel.

### Aktuelle Aktionen der Landesverbände

Seit 2009 bezieht die **Niedersächsische Landjugend-Landesgemeinschaft e.V. (NLJ)** mit dem Projekt „Wir öffnen uns – NLJ für interkulturelle Öffnung und internationalen Austausch“ Position gegen Fremdenfeindlichkeit und sensibilisiert für die Themen Migration und Integration. Bei der jüngsten Aktion in diesem Zusammenhang ließ die NLJ ein Scheunentor durch ihre Ortsgruppen wandern, das für ein bis zwei Tage an einem zentralen Platz der Gemeinde geöffnet aufgestellt werden konnte. Symbolisch und öffentlichkeitswirksam

präsentierte sie sich so als tolerante Landjugend, in der (neue) Mitglieder ungeachtet ihrer Herkunft, Religion oder anderer Unterschiede willkommen sind. Das Projekt „Wir öffnen uns“ wird durch das Förderprogramm Generation 2.0 des Niedersächsischen Sozialministeriums finanziert.

Die **Berlin-Brandenburgische Landjugend e.V. (B.B.L.)** veranstaltet seit rd. zehn Jahren jährlich zwei Projektfahrten zu Holocaust-Gedenkstätten mit jeweils ca. 50 Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Vom 11.-14.6.2012 besuchte eine Gruppe die Fabrik von Oskar Schindler und das jüdische Ghetto in Krakau sowie die Konzentrationslager Auschwitz und Birkenau. Gefördert wurde die Fahrt aus dem Landesjugendplan Brandenburg. ■ za



Foto: Verein Miteinander leben e.V.



Foto: J. Strunk



Foto: Ratzeburger Bündnis

Herzogtum Lauenburg:

## Eine ländliche Region organisiert sich gegen Rechtsextremismus

Mark Sauer\*

Um Rechtsextremismus im ländlichen Raum wirksam begegnen zu können, ist es notwendig, maßgebliche Akteure aus der Mitte der Gesellschaft zusammenzubringen und gerade hier den Blick für rechtsextremes Auftreten und Handeln zu schärfen. Auf diesen Nenner lassen sich die Erfahrungen zweier Bündnisinitiativen aus dem Herzogtum Lauenburg bringen, die im Raum Mölln und Ratzeburg aktiv sind. Im März 2012 haben sie darüber hinaus ein kreis- und länderübergreifendes Bündnis gegründet.

Das Ratzeburger Bündnis und der Verein Miteinander leben e.V. Mölln arbeiten seit vielen Jahren gegen rechtsextreme Umtriebe, die in zeitlichen Abständen und unterschiedlichen Formen in der Region immer wieder zu Tage treten. In beiden Initiativen haben gesellschaftliche Protagonisten wie Bürgermeister oder kirchliche Vertreter eine verantwortliche Rolle eingenommen und durch ihr Engagement wichtige Akteure der bürgerlichen Mitte zur Mitwirkung mobilisieren können. Dabei wurden im ersten Schritt gemeinsame Schulungen mit Unterstützung des Beratungsnetzwerkes Rechtsextremismus Schleswig-Holstein durchgeführt, um überhaupt einen Blick für rechtsextreme Personen und ihre Aktivitäten zu entwickeln, deren Erscheinungsbild sich in den letzten Jahren stark von der Skinhead-„Glatzen-Kultur“ zu einem „autonomen Dress-Code“ gewandelt hat. Mit Hilfe dieses Wissenstransfers konnte sich vor Ort eine breite „Kultur des Hinschauens“ entwi-

ckeln, die nachfolgend auch in inhaltliche Arbeit maßgeblich mit jungen Menschen vor Ort mündete, um sie gegenüber rechtsextremer Ansprache immun zu machen. Dazu wurde das Prinzip des „Stellung beziehen“ zur Prämisse der Initiatarbeit erhoben, wenn Rechtsextreme mit Aktionen in den öffentlichen Raum drängten.

### Länderübergreifendes Bündnis gegen Rechts

Als wichtiger Aspekt der Initiatarbeit hat sich in den vergangenen Monaten zunehmend die Vernetzung mit anderen Kommunen in der Region erwiesen. Die Erfahrung der gemeinsamen Arbeit hat gezeigt, dass sich Neonazis vor Ort in größeren räumlichen Zusammenhängen bewegen und insbesondere auch im ländlichen Raum im angrenzenden Nordwestmecklenburg und im Kreis Stormarn aktiv sind. Aus dieser Erkenntnis wurde eine kreis- und länderübergreifende Regionalkonferenz „Rechtsextre-

mismus“ ins Leben gerufen, zu der Bürgermeister/-innen und Amtsvorsteher/-innen sowie Beratungsexpert/-innen aus Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern geladen wurden. Ziel dieser Konferenz war es, über einen breit angelegten Erfahrungsaustausch ein gemeinsames Lagebild der Region zu entwickeln, um das rechtsextreme Handeln vor Ort besser einschätzen zu können. Über 35 kommunale Vertreter/-innen nutzten zusammen mit dem schleswig-holsteinischen Innenminister diese Möglichkeit und vereinbarten eine Fortführung der Konferenz unter Beteiligung von zivilgesellschaftlichen Akteuren im Jahresverlauf. Hier soll auf eine nachhaltige Vernetzung und gegenseitige Unterstützung sowie auf gemeinsame Aktionen hingearbeitet werden, um so mit den einzelnen Akteuren in den Dörfern und Kleinstädten ein übergreifendes und gemeinsames Engagement gegen gut vernetzte und großräumig operierende Rechtsextremisten zu ermöglichen. ■

\* Mark Sauer, Vorsitzender des Vereins Miteinander leben e.V. Mölln, Sauer@Ratzeburg.de